



AKTUELLE WOHNUNGSNOT ZEIGT UNTERSCHIEDLICHE STANDARDS IN DEUTSCHLAND

Luxus für Flüchtlinge – Enteignung für Investoren und Wertschöpfer

Von CANTALLOOP | Wir wissen zuverlässig, dass für viele Geflüchtete das Ärgernis der im Moment grassierenden Wohnungsverknappung im weitesten Sinne nicht besteht. Denn für diese Klientel ist bekanntlich keine staatliche Anstrengung zu groß, um sie standesgemäß unterzubringen und vollumfänglich zu versorgen. Stellvertretend für viele deutsche Städte ist hier die Gemeinde Engensen in der Nähe von Hannover erwähnenswert.

Denn auch dort dürfen sich Flüchtlingsclans über Neubauerstbezüge in gehobener Kategorie freuen. Reihenhäuser im Wert von knapp 500.000.- € und mit voller Ausstattung werden den kinderreichen Sippen fortan bereitgestellt.

Was für Indigen-Deutsche nur mit harter Arbeit und gehobenem Einkommen realisierbar ist, steht unseren Gästen fortan auf der Grundlage ihrer Sozialhilfe-Berechtigung – und somit kostenlos zur Verfügung.

Nebst allen anderen anfallenden Kosten, die so eine arabische Großfamilie nun einmal generiert, versteht sich. Der Bürgermeister von Engensen und auch sein Ortsratskollege, die sich als „edle Menschen“ darüber hinaus beide aktiv in der Flüchtlingshilfe engagieren und auch eigenen Wohnraum an Flüchtlinge vermieten, sind begeistert von diesem nachhaltigen Projekt.

Zitat aus einem das Projekt betreffenden Beitrag der Hannoverschen Allgemeinen [\(HAZ\) vom Januar 2018](#):

Unter der Überschrift Nachhaltigkeit hat die Stadt Burgwedel ein zweites massives Wohnhaus für Flüchtlinge hochziehen lassen, das langfristig Sozialmietern zur Verfügung stehen soll.

Das neue Doppelhaus mit funktionaler Ausstattung hat zweimal 110 Quadratmeter Wohnfläche inklusive des ausgebauten Dachgeschosses. Rund 480.000 Euro hat das Gebäude, das Grundstück nicht mitgerechnet, gekostet. „Sie können nichts unter Neubau-Standard bauen“, erklärt Architekt Hans-Jürgen Lukanz einem Besucher, dass die Jalousien für den Wärmeschutz auch im Sommer sowie die Brennwert-Therme samt Wärmerückgewinnung als Pflichtanteil an alternativen Energien nun mal vorgeschrieben seien.

Bereits 2017 wurde in der oben genannten niedersächsischen Kleinstadt ein hochwertiges 6-Familien Neubauhaus im Wert von 1,3 Millionen Euro (!) fertig gestellt – und sogleich als Domizil für geduldete Neubürger eingeweiht. Dies ist im Subtext des HAZ-Artikels nachzulesen. Es ist also hauptsächlich der aktuellen Gesetzeslage geschuldet, dass man ausschließlich moderne und teure Neubauten für Asylanten erstellt- und nicht etwa bereits vorhandene Kapazitäten nutzt. Auch ein bekannter OB aus Tübingen kennt diese Problematik – und errichtet gleichsam noble [Wohnkomplexe in exponierter City-Lage](#) für die wertvollen Einwanderer.

Die Bürger werden nicht mehr gefragt

Wie jedoch alle anderen Engenser Einwohner diese Ergüsse aus einem schier unerschöpflichen staatlichen Füllhorn beurteilen, ist nicht überliefert. Gemäß dieser Lesart; wer sich als Bürger allzu kritisch über solcherlei Aktionen äußert, gilt ohnehin als ein verbohrtter Ewiggestriger, rechtsradikal dazu – und kann demzufolge bei Gemeinderatsentscheidungen geflissentlich übergangen werden.

Nur Menschen mit der „richtigen Gesinnung“ sind schließlich in der Lage, moralisch hochwertige Urteile von solch einer Tragweite zu fällen. Und um in Zukunft auch alle anderen Problembeladenen, incl. der verbliebenen finanzschwachen „Restdeutschen“ unterzubringen, greift man, auch in Ermangelung anderer Ideen, wieder einmal tief in die sozialistische Mottenkiste.

SPD-Kühnert votiert für die Enteignung von deutschen Wohnungsbesitzern

Da nun länderübergreifend der Wohnraum für alle Menschen mit geringem Einkommen wirklich knapp wird, drängen wiederum verstärkt Systempolitiker des linken Spektrums in die Öffentlichkeit. Dementsprechend werden auch parteiübergreifend Überlegungen angestellt, wie man diese „Herausforderungen“ denn lösen könnte. Von Sozialdemokraten, Linken und Grünen werden wieder die in ihren Kreisen überaus beliebten **Enteignungen** von Grundstücks- bzw. Wohnungsbesitzern und logischerweise auch weitere Steuererhöhungen gefordert. Unnötig zu erwähnen, dass man die AfD hinsichtlich dieser Terminologie natürlich nicht um ihre Einschätzung gebeten hat.

Die Leistungsbereiten als Feindbild der Leistungslosen

„Mit welchem Recht darf jemand mehr als 20 Wohnungen besitzen?“, echauffierte sich der [Jungsozialist Kevin Kühnert](#) (zwei abgebrochene Studien ohne Abschluss – Vater: Beamter) wirkungsvoll im Zwangsgebühren-TV. Man sollte diese

unmenschlichen Kapitalisten allesamt enteignen.

Und so bewies der SPD-Shooting-Star einmal mehr, dass er den Zweck einer freien Marktwirtschaft auch nach zwei abgebrochenen Studiengängen immer noch nicht verstanden hat. Hierzulande darf man tatsächlich noch vermögend sein, werter Herr Kühnert – es ist noch nicht verboten.

Steuererhöhungen und Umverteilung

Gleichwohl rennt der in wohlbehüteten Beamtenverhältnissen aufgewachsene Juso-Chef mit seinen Thesen offene Türen ein. Denn auch im Transfer-Empfängerland Nr. 1 – Berlin, sind bereits entsprechende Überlegungen zur Enteignung großer Mietwohnungs-Gesellschaften angestellt worden. Puh – zuerst also nur die Großen, denkt man sich nun. Aber man kann getrost davon ausgehen, dass zukünftig auch private Mehrfach-Wohnungsbesitzer von den Salon-Bolschewiken mit Argusaugen beobachtet werden.

Der sozialistische Zwangsstaat als Endlösung

Während also für die Immigranten aus Orient, Türkei und Afrika ein kostenloser Fullservice, mit allem, was dazugehört, bereit steht, diskutiert man andererseits in aller Öffentlichkeit ungeniert über so brisante Themen wie Enteignung und Umverteilung – als ob dies die normalste Sache der Welt wäre. Und nicht die Ultima Ratio.

In moralisch erhabener Gerechtigkeitsattitüde werden dem Bürger somit nach und nach die Experimente unserer Linkselite als universale Lösung sämtlicher Probleme offeriert. Obwohl dieses linksbewegte Patentrezept „alle-sind-gleich“ empirisch gesehen, nirgends auf der Welt funktioniert. Wer das nicht glauben mag, sollte seinen [Blick einmal Richtung Venezuela](#) richten. Dort haben Hardcore-Kommunisten bekanntlich ein im Grunde reiches Land mit riesigen Öl- und Gasvorkommen zugrunde gerichtet.

Wertschöpfer verlassen bereits die BRD

Wenn man sieht, mit welcher Selbstgefälligkeit die Wertschöpfer und Leistungsträger zukünftig zu Gunsten der Leistungslosen geschröpft werden sollen, ist es nicht weiter verwunderlich, dass sich aktuell viele gut gebildete und finanziell potente Mittelschichtler mit dem Gedanken tragen, dieses Land, in dem der muffige Geruch von Marx, Stalin, Mao und Konsorten bereits deutlich in der Luft liegt, zu verlassen.

Und irgendwann, hoffentlich in nicht allzu ferner Zukunft wird dann auch dieser sozialistischen „Islam-Bourgeoisie“ sicherlich das Steuergeld ausgehen, welches sie im Moment noch so gedankenlos umverteilen.

Dann heißt es einmal mehr: „Hasta la Vista, Comunista.“



753 Tote durch islamischen Terror in der EU

Die größte Gefahr ist der Terror von rechts – deutsche Politiker des linken Spektrums von der CDU bis zu den Altkommunisten der Linkspartei werden nicht müde, das immer wieder zu behaupten. Ist das so? Nein. Das belegt ein „Weiß- und Schwarzbuch des Terrorismus in Europa“, das jetzt vorgestellt wurde, [wie Le Figaro berichtet](#).

Das Buch wurde auf Initiative der spanischen Europa-Abgeordneten Maité Pagazaurtundua von der Partei „Unión Progreso y Democracia“, die zur Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) gehört, in Auftrag gegeben. Pagazaurtundua ist auch Präsidentin einer Stiftung für Terroropfer.

Der Report stellt auch fest, dass zwischen 2000 und 2018 weitere 1115 Europäer, darunter Touristen und Militärangehörige, weltweit Opfer von Terroranschlägen wurden. Insgesamt fielen 91 Prozent der Opfer islamischen Terroranschlägen zum Opfer, ein Fünftel davon kam durch Selbstmordattentäter ums Leben.

Die Opferzahl bei nicht-islamischem Terror, sondern anderweitigem politischen Terror war weitaus niedriger. Rechtsextremisten und Linksextremisten ermordeten in der gleichen Zeit jeweils 13 Menschen.

Besonders Spanien litt unter dem Terror. 268 Opfer wurden zwischen 2000 und 2018 hier gezählt, in Frankreich waren es 263.

Elizabeth Pelsez, Terroropfer-Beauftragte der französischen Regierung, ergänzte, man dürfe nicht nur die nackten Zahlen sehen, das „Weiß- und Schwarzbuch“ sei auch ein Gedenken an die Opfer des Terrors. „Die Opfer zu vergessen ist das Allerschlimmste“, ergänzte die Politikerin, „wir dürfen nicht vergessen, dass es nicht nur die Toten sind, an die man denken muss, sondern auch an all jene, die Verletzungen oder seelische Schäden davontrugen. Das sind pro Totem zwischen zehn und 20 weitere Personen“, so Pelsez, die damit einen klar anderen Umgang mit den Opfern des Terrors verlangt, als er in Deutschland – zum Beispiel mit den Opfern und Angehörigen des islamischen Terroranschlages auf dem Berliner Breitscheidtplatz – von der Merkel-Regierung gepflegt wird.



EU: Orbán soll Bußgang antreten

Von CHEVROLET | Der Streit zwischen Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán und der Brüsseler Eurokratie geht in die nächste Runde: Nachdem Orbán seine Landsleute und ganz Europa vor der EU-Spitze und auch Angela Merkel und den Verflechtungen mit dem dubiosen US-Milliardär George Soros warnte ([PI-NEWS berichtete mehrfach](#)), droht man Orbáns Partei Fidesz mit dem Ausschluss aus der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament, zu der unter anderem auch die CDU gehört.

[Manfred Weber](#) (CSU), Merkels-Kandidat für die Nachfolge von Jean-Claude Juncker als Kommissionspräsident, [stellte gar Bedingungen](#) für den Verbleib von Fidesz in der Fraktion. Er verlangte auch, dass Viktor Orbán sich offiziell entschuldigen solle und seine Anti-Brüssel-Kampagne stoppen.

Unterstützung für Orbán gab es dagegen von seiner Partei. Balazs Hidveghi, Sprecher der Fidesz-Partei, sagte klar, dass die Bedingungen zum Verbleib in der EVP-Fraktion inakzeptabel seien: „Die Verteidigung von Europas christlichen Werten und der Stopp der Migration sind wichtiger als irgendwelche Parteidisziplin“.

Die nächste Runde im Streit mit Orbán und seiner Partei auf

der einen Seite und der EVP-Fraktion auf der anderen steht schon fest: Am 20. März soll darüber diskutiert werden. Verschiedene kleinere Parteien verlangen klar den Ausschuss der Fidesz, nachdem der Konflikt mit den ungarischen Ministerpräsidenten schon länger schwelt.

Viktor Orbán indes denkt gar nicht daran [sich zu entschuldigen](#). Nun will ausgerechnet [Spinelli-Anhänger Weber](#) den ungarischen [Ministerpräsidenten treffen](#), um auf ihn einzuwirken.



Billerbeck: Moscheebesuch auf dem Stundenplan

Von BÜRGERBEWEGUNG PAX EUROPA | Die Schulklasse 4a der katholischen [Ludgeri-Grundschule](#) im beschaulichen münsterländischen Billerbeck hat am kommenden Dienstag den Besuch einer DITIB-Moschee im benachbarten Ahaus auf dem Stundenplan stehen. Dort betreibt der aus Ankara gesteuerte Islamverband DITIB die [Aksa-Moschee](#).

Nach dem vier Unterrichtsstunden in Anspruch nehmenden Ausflug ist die Rückreise nach Billerbeck vorgesehen, wo sich dann noch zwei Schulstunden anschließen sollen.

[Mit einem Schreiben](#) wurden die Eltern der Schüler über den geplanten Besuch der DITIB-Moschee informiert.

Nach Bekanntwerden dieses Schreibens haben wir uns von der Bürgerbewegung PAX EUROPA mit einem Anschreiben an die Schulleitung ([hier](#) und [hier](#)), sowie an das gesamte Lehrerkollegium gewandt. Dem Brief fügten wir Infomaterial bei, das über den [Islamverband DITIB](#) und über die [von ihm vertretene Ideologie](#), den sunnitischen Islam, aufklärt. Zudem fügten wir unseren [Fragenkatalog](#) an die DITIB-Gemeinde Coesfeld hinzu, die in Coesfeld eine neue Moschee errichten will.

In wieweit verfügt das Lehrpersonal, das mit den Kindern laut dem an die Eltern adressierten Schreiben über die „vielen verbindenden Elemente“ von Islam und Christentum, sowie auch über „Unterschiede zum Christentum“ im Religionsunterricht sprach, über fundierte Grundkenntnisse über Wesen und Ziele des Islam? Wie sah der vermittelte Unterrichtsstoff diesbezüglich konkret aus?

Die Vermutung liegt an dieser Stelle nahe, dass es wohl einmal mehr ausschließlich darum ging, den Schülern ein positives Bild vom Islam zu zeichnen, das mit der Realität nicht viel zu tun hat.

Die Tatsache, junge und leicht beeinflussbare Menschen im Rahmen der Schulpflicht dazu zu nötigen, eine vom Islamverband DITIB betriebene Politstätte zu besuchen, in der der politische Islam und die Politik der radikal-islamischen und nationalistischen türkischen Regierung unter Präsident Erdogan propagiert werden, ist unverantwortlich.

Sind sämtliche in der jüngeren Vergangenheit bekannt gewordenen Enthüllungen und nachgewiesenen Vorwürfe gegen den der türkischen Religionsbehörde DIYANET unterstehenden Islamverband DITIB an den für den geplanten Moscheebesuch verantwortlichen Personen spurlos vorbeigegangen?

So berichteten zum Beispiel erst kürzlich noch viele Medien über ein in der DITIB-Zentralmoschee in Köln-Ehrenfeld stattgefundenes Treffen von DITIB-Funktionären mit hochrangigen Vertretern der international operierenden dschihadistischen Muslimbruderschaft, der ultranationalistischen türkischen Grauen Wölfe und weiterer radikal-islamischer Organisationen.

An dieser Stelle sei der bemerkenswerten Information halber einmal angemerkt, dass es sich bei [den türkischen Grauen Wölfen](#) um die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland handelt!

Wer der Schulleitung der Ludgeri-Grundschule seine Meinung zum geplanten DITIB-Moscheebesuch der Viertklässler mitteilen möchte, kann sich an das [Sekretariat](#) wenden.

Aufklären statt Verschleiern!

Kontakt:

Ludgerischule, Katholische Grundschule Billerbeck

Zum Alten Hof 1, 48727 Billerbeck

Schulleiterin: Beate Balzer

Tel.: 02543-25770

Email: sekretariat@gru-bi.de

(Hinweis an unsere Leser: Wir bitten Sie bei Schreiben an die Kontaktadresse, trotz aller Kontroversen in der Sache, um eine höfliche und sachlich faire Ausdrucksweise.)



Pforzheim: Ein Mekka der bunten Massenschlägereien

Von PI-NEWS LUDWIGSBURG | Der Fasching ist vorbei, doch die Moslems hauen weiter auf die Pauke! Erst am Abend vom Aschermittwoch war es wieder soweit: Da rückten 15 Streifen- und zwei Mannschaftswägen auf den Pforzheimer Leopoldsplatz aus, um ein buntes Treiben der ganz besonderen Art zu unterbinden. Nicht die Mitglieder zweier rivalisierender Faschingszünfte hatten sich im Stadtzentrum eingefunden, sondern rund 150 verhaltensauffällige „Jugendliche“ und Anwesende, die wie immer einen islamischen Migrationshintergrund (Syrer, Afghanen, Iraker) vorzuweisen hatten. Zwar konnten die Einsatzkräfte eine größere Eskalation verhindern, doch wäre dies längst nicht das erste Mal in der übersichtlichen kleinen Großstadt (zirka 127.000 Einwohner) am Rande des Nordschwarzwaldes, dass Multikulti zum explodierenden Pulverfass wird.

Bereits im Februar letzten Jahres wurde der Leopoldsplatz zum Schauplatz einer Massenschlägerei, an der rund 70 Personen aus dem Irak, Syrien, Afghanistan, dem Kosovo und Griechenland das Umfeld bildeten. Auch hier musste sich ein polizeiliches Großaufgebot der randalierenden Menge entgegenstellen – nur wenige Tage später titelte die Pforzheimer Zeitung, dass die von Oberbürgermeister Peter Boch (CDU) eingeführte City-Streife, die eigentlich zum Schutz der Bürger eingeführt wurde, bei solchen Szenarien merklich an „ihre Grenzen

stößt“.

Dass Boch sehr gut daran täte, sein Sicherheitskonzept gründlichst zu überdenken, zeigt nicht nur der Vorfall vom Aschermittwoch, sondern auch was nach dem Vorfall im Februar 2018 geschah: Da prügeln sich des Nachts ganze Horden von Moslems mit Yesiden, die als Salafisten-Hochburg bekannte Nordstadt wurde gleich mehrfach zum Schauplatz von Massenschlägereien. Im Benckiserpark „kommunizieren“ Gruppen von Irakern und Afghanen mit Fäusten und Tritten, auf dem Weihnachtsmarkt hauen sich Marokkaner und Tunesier gegenseitig die Holzplatten ins Gesicht und auch vor einer nicht benannten Diskothek führten Moslems den gewalttätigen interkulturellen „Gruppentanz“ auf. Die Polizei hat alle Hände voll zu. Eine Zeit lang konnte man fast jede Woche und in unschöner Regelmäßigkeit von neuen Gewaltausbrüchen lesen und hören. Die Massengewalt war omnipräsent, doch nur wenige nehmen das zur Kenntnis.

Bis aufs letzte Messer und mit peinlichster Penetranz verteidigen hingegen die Pforzheimer Gutmenschen ihre „[Goldstücke](#)“, die mittlerweile an der 70-Prozent-Marke kratzen dürften, was die Zahl der Einwohnerschaft betrifft. Ganz frei nach dem Motto: „Lang lebe die Toleranz – pfeif auf den Untergang!“, wird alles beiseite gewischt, was mit klassischer Vernunft und einem gesunden Existenzwillen zu tun hat. Selbstredend sind dies fast ausschließlich Moslems, Sozialschmarotzer und Kriminelle, die in der hochgradig versifften und hoffnungslos überschuldeten Linksaußen-Kommune Pforzheim ein warmes Nest gefunden haben.

Neuster Streich aus der schwäbisch-badischen Schildbürgerstadt: Eine [Lichterprojektion](#) mit wechselnden Zitaten zu Freiheit, Toleranz und Menschlichkeit, die vom 10. bis 15. März am [Pforzheimer Hilda-Gymnasium](#) (interessanterweise keine fünf Minuten von der Schlössle-Galerie entfernt!) zu sehen sein wird. Religionslehrer Georg Hauser dazu: „Wir sind stolz auf unsere

Hilda-Gemeinschaft, in der Menschen aus vielen verschiedenen Nationen, Kulturen und Religionen tagtäglich das Miteinander gestalten.“ Die Zitate gelten als Hinweis darauf, dass Menschlichkeit, Toleranz und Respekt die Grundbedingungen für ein gedeihliches Miteinander sind. Man sieht es ja!

Toleranz bis zur fast schon lächerlichen Selbstaufgabe, in Pforzheim leider kein Einzelfall: Mitte Februar wurde im Kulturhaus Osterfeld ein [Konzert gegen Rechts](#) veranstaltet, das von der lokalen Presse (Kurier) „als Geschenk an die Stadt“ bezeichnet wurde.

Der bei Porsche in Ungnade gefallene Ex-Aufsichtsrat Uwe Hück will in den städtischen Gemeinderat, um dort unter anderem für die „stärkere Einbindung von Migranten“ zu sorgen. Erst kürzlich wurde sein „[SPD-Revolutionsbüro](#)“ eröffnet. Schon seit vielen Jahren betreibt er zweifelhafte Integration durch das Training mit ausländisch-muslimischen Jugendlichen im Kickboxen und im Muay Thai. In aller Regelmäßigkeit werden Kundgebungen gestört, die an die deutschen Opfer der Pforzheimer Totalzerbombung vom 23. Februar 1945 erinnern. Grüne Gutmenschen und Antifa-Terroristen sind gleichermaßen an den Aktionen beteiligt.

Anfang des Jahres formierte sich sehr medienwirksam die Pforzheimer Gruppierung der „[Omas gegen Rechts](#)“. Es gibt gefühlte 1.000 Integrationsprogramme, von denen kein einziges Wirkung zeigt. Erst in der heutigen Samstagsausgabe der Pforzheimer Zeitung war zu lesen, wie sich die Bürger des nahe gelegenen Ortes Remchingen für den Bau eines weiteren Asylantenheims (voraussichtliche Kosten: etwa 600.000 Euro) stark machen. Wie immer wurden die gängigen „Kein Mensch ist illegal“-Transparente geschwenkt. Sogar die baden-württembergische Integrationsministerin Bilkay Öney, sowie die beiden Bundestagsabgeordneten Katja Mast (SPD) und Günther Krichbaum (CDU) statten dem fragwürdigen Szenario einen Besuch ab.



Zuwanderung: Milliarden für neue Schulen in Hamburg

Von CHEVROLET | Lieb und teuer sollen sie den Deutschen sein, [die Goldstücke, die angeblichen Flüchtlinge](#), die seit 2015 in Scharen in Deutschland einfallen auf der Suche nach lebenslanger Vollversorgung und ansehnlichem Einkommen ohne Arbeit.

Lieb sind sie den meisten Bürgern längst nicht mehr, seit Moslems und Afrikaner immer wieder durch hohe Kriminalität bis hin zu Mord und Vergewaltigung auffallen. Und teuer sind sie natürlich auch, denn sie „verdienen“ nichts tuend gut, bezahlt vom Steuerzahler. Inzwischen kommen aber auch immer mehr Folgekosten ans Tageslicht, auch wenn sich die Medien winden, das alles so zu benennen.

Zum Beispiel sollen Klein-Mohammed und Klein-Ali auch in die Schule gehen. Und weil die Geburtenrate der Landnehmer einerseits sowieso hoch ist und jedes zusätzliche Kind richtig Geld bringt, und einen deutschen Pass, werden aus dieser Personengruppe sehr viele Kinder geboren, während die Kinderzahl der Bio-Deutschen stetig sinkt, denn Kinder muss man sich als Deutscher leisten können.

Ein Beispiel dafür liefert Hamburg. Schulsenator Ties Rabe (SPD) prognostiziert, dass es bis zum Jahr 2030 an den

Bildungseinrichtungen der Stadt „gut 25 Prozent mehr Schüler geben wird“, berichtet die [Hamburger Morgenpost](#). Darauf wolle Hamburg mit einem neuen, milliardenschweren Schulentwicklungsplan regieren, heißt es da. Woher die Milliarden kommen sollen, wird nicht hinterfragt. Dass Hamburg das nicht bezahlt, sondern die werktätige Bevölkerung über Steuern und Abgaben, liegt auf der Hand.

Aktuell gebe es 195.000 Kinder an den Schulen der Hansestadt, 2030 werden es 240.000 sein. Die wahren Gründe umschreibt das Blatt natürlich: „Diese Entwicklung sei auch auf gestiegene Geburtenraten in den letzten Jahren zurückzuführen, so Rabe. Das stelle vor allem dicht besiedelte Gebiete, wie Altona oder Eimsbüttel vor Herausforderungen, “ so die MOPO politisch korrekt.



Warum die DAX-Bosse gegen die AfD wettern

Von DR. VIKTOR HEESE | Immer öfter leisten DAX-Größen Schützenhilfe für die Berliner Politik, attackieren die blauen Populisten und kämpfen „gegen Recht“ und für den „guten Ruf Deutschlands“. Nach [Joe Kaeser](#) (Siemens), [Tim Höttges](#) (Deutsche Telekom) gab zuletzt eine unbekannte VW-Vorständin, Hiltrud Werner, [eine Warnung heraus](#). Versuchen die selbsternannten „Kämpfer“ von den Problemen eigener Konzerne

abzulenken, sind sie nur übergeschnappt oder lassen sie sich von der Politik, für welche Versprechen auch immer, einfach missbrauchen? Eine Fallstudie an drei Beispielen.

Fall 1: Joe Kaeser (Siemens-Chef)

Kaeser ist der prominenteste Fall unter den Moralisten. Er ist für Russlandsanktionen, verkaufte aber Gasturbinen für die Krim und für Einwanderung. Wenn es nach Chemnitz um den „Kampf gegen Recht“ oder um die Verunglimpfung von Alice Weidel (als BDM-Mädel titulierte) geht, war der Konzernlenker schnell dabei. Wegen dieser jobfremden Einmischung wurde er bereits [von eigenen Aktionären verwarnt](#). Wenn es dagegen um Massenentlassungen in seinem Haus geht, kneift der mit sieben Millionen Euro (2017) dotierte Superboss, der nach eigenen Worten „für den guten Ruf Deutschlands“ kämpft. Es gehört schon eine gehörige Portion sozialer Kälte dazu, wenn ein solcher Heuchler trotz des Rekordgewinns von sechs Milliarden Euro, 6.900 Leute entlassen und Werke schließen will und für Mitarbeiterproteste nur ein süffisantes Lächeln übrig hat.

Während der Chef politisiert, bleibt die Siemens-Aktie schwach (30 Prozent unter der DAX-Entwicklung in den vergangenen fünf Jahren). Auch sein Weltkonzern bekommt Probleme. Nicht zuletzt deswegen, weil der Moralist Kaeser eben kein TOP-Manager, sondern eher mageres Mittelmaß ist. Die Fusion mit der französischen Alstom, eine Antwort auf die chinesische Herausforderung, platzte, weil Kaeser mit dem Aufsichtsrat lange Zeit im Clinch lag. Große Fonds, die 70 Prozent der Aktien halten und über sein Schicksal entscheiden, sind gegen seinen Radikalkurs und beäugeln die neue Strategie Vision 2020 misstrauisch. Der gute Joe sollte aufpassen. Warum lässt er sich zum Merkel-Lakaien degradieren, wenn die sonstige DAX-Obrigkeit das morsche Regime nur sporadisch unterstützt? Hier sind Motivforscher von Weltrang gefragt.

Fall 2: Tim Hötting (Deutsche Telekom)

Tim Höttges holte gegen den Rechtsradikalismus noch viel plakativer aus: „Schlägertypen können durch unsere Innenstädte marschieren“, hatte er auf der Messe DMEXCO im September 2018 in Köln [öffentlich geklagt](#). Deutschland erlebe eine Umkehr von alten Werten: „Plötzlich wird der Antirassist als gefährlicher gesehen als der Rassist. Die Feministin wird kritischer gesehen als der Täter“. Wenn das keine klare Kante ist!

Auch Höttges agiert mehr als Verwalter und ist ein miserabler Manager. Die internationale Position des Bonner Konzerns ging während seiner elfjährigen Regentschaft nach und nach an die Konkurrenz (China Telecom, AT&T, Vodafone, KPN, BT Group) verloren. Auch nach über 20 Jahren liegt der Aktienkurs mit 14,46 Euro gerade beim 1998er-Emissionswert. Eine Blamage für eine hochgejubelte „Volksaktie“! Heute machen globale Fonds um das Papier großen Bogen, Börsen-Experten stufen es als phantasielos ein.

Auch für die eigenen Beschäftigten hat der neue Politikhelfer schlechte Nachrichten. Weltweit sollen 10.000 – davon allein 6000 in Deutschland – Leute entlassen werden. Die Zahl der Leiharbeiter steigt andererseits kontinuierlich an. Schuld an dem geplanten Kahlschlag ist nicht allein die launische Weltnachfrage, sondern das Team um den unfähigen Administrator. Dieses verstand es nicht, die Leute im Großkonzern mit einem Weltumsatz von 73 Milliarden Euro und über 200.000 Mitarbeitern unterzubringen. Last but not least: Kunden- und Aktionärsklagen machen bei Telekom regelmäßig Schlagzeilen. Pleiten, Pech und Pannen!

Höttges wird seinen Job behalten wollen und muss Berlin gehorchen. 2018 holte sich der Global Player mit einer zwölfprozentigen Gehaltsteigerung auf 5,4 Millionen Euro noch einen ordentlichen Schluck aus der Pulle. Das ging, weil der Bund mit 32 Prozent Großaktionär beim Ex-Staatsunternehmen bleibt und so etwas toleriert. Berlin kassiert brav hohe Dividenden und wird hinter den Kulissen die Geschicke des Telekomriesen (mit)lenken. Der gute Tim wird dafür Angela

öffentlich Lob zollen müssen.

Fall 3: Hiltrud Werner (Vorstand Bereich Recht und Integrität bei Volkswagen)

Im jüngsten [Gespräch mit der FAZ warnte Werner](#), Rechtsvorstand ohne Jura-Studium (Wikipedia), vor dem Erstarken der AfD und dem Versagen der Volksparteien. „In Ostdeutschland wird die AfD zunehmend zum Problem, auch in den Betrieben“. Da fehlt nur noch die Warnung, die AfD gefährde Arbeitsplätze.

Die negativen wirtschaftlichen Dauerprobleme von Volkswagen, an dem der Bund ebenfalls Großaktionär ist, müssen an dieser Stelle nicht wiederholt werden. Auf neue Schlagzeilen darf man gespannt bleiben. Warum die Vorgängerin der ostdeutschen Vorzeige-Managerin Werner auf dem Vorstandposten, die kompetente Ex-Verfassungsrichterin Christine Hoffmann-Dennhardt, den Job schon nach einem Jahr „einvernehmlich“ gekündigt hatte, bleibt ein Geheimnis. Werner ist da sicherlich anpassungsfähiger. Auf jeden Fall steht sie für „Ehrlichkeit, Offenheit, Mut und Eigenverantwortung“. Für ein [Supergehalt von fünf Millionen Euro](#) kann das wohl auch verlangt werden.

Die Lakaien sollten immer daran denken: Der Schuss nach hinten gehen

Die Wirtschaftsbosse werden ihren Aktionären einen schlechten Dienst erweisen, falls sie sich in Merckels Dienste einspannen lassen. Besonders die mächtigen ausländischen Anteilseigner und Fonds haben die Kraft, die Herrschaften mit vereinten Kräften von ihrem Olympus herunterzuholen. Wenn nichts passiert, könnte umgekehrt das schlechte Beispiel Schule machen, wenn sich bald weitere Leistungsschwächlinge zu Wort melden, die von Berlin etwas erwarten. An der Reihe ist der Chef der Deutschen Bank, der auf die Verstaatlichung wartet und gerne im Amt – wie einst sein Commerzbank-Kollege – bleiben würde.

Mehr als Sprüche: In der Asylkrise heuchelt die Wirtschaft und der Staat und die Bürger zahlen

Wer hoffte, die starke deutsche Wirtschaft würde Merkels pseudo-ökonomisches Migrationsabenteuer stoppen, ist stark enttäuscht worden. Schließlich sind der soziale Frieden, die innere Sicherheit und die Staatsfinanzen massiv bedroht – alles Faktoren, die mit den wirtschaftsrelevanten „Standortnachteilen“ zu tun haben und wovon die Konzernchefs wissen. Die Bosse schweigen aber beharrlich, weil sie nicht direkt betroffen sind und es sich mit Berlin nicht verscherzen wollen. Sie wissen, wer dort einmal auffällt, bekommt keine Staatsaufträge, darf mit der Kanzler-Delegation nicht nach Peking reisen und wird von den Systemmedien – also von Talkshows wie Anne Will & Co. – geflissentlich ignoriert. Auch die Macht der Gerichte, hinter denen der lange Arm der Politik gesehen wird, darf nicht unterschätzt werden (Hambach, Diesel-Klagen). Das alles schadet dem Aktienkurs. So heuchelt die Wirtschaft bei der Integration auf der ganzen Linie. Es gibt dennoch Grenzen. Clevere Vorstände meiden negative Publicity, achten auf das Aktionärswohl, stellen keine (anerkannten) Asylanten ein und leisten für die Migrationsveranstaltung keine nennenswerte finanzielle Unterstützung.

Für die AfD kann jede Anfeindung seitens der Wirtschaftskapitäne nur ein gutes Zeichen sein. Nicht nur allein wegen des Spruchs „Viel Feind, viel Ehr“. Auch Gandhis Weisheit passt gut dazu: „Zuerst ignorieren sie dich, dann lachen sie über dich, dann bekämpfen sie dich und dann gewinnst du.“

Hoffentlich kommt der Sieg nicht zu spät.



Dr. Viktor Heese.

Dr. Viktor Heese ist Dozent und Fachbuchautor. Spezialisiert hat er sich auf dem Gebiet der Börsen und Banken. Für Börsenanfänger hat er das Buch „[Fundamental- versus Charttheorie. Methoden der Aktienbewertung im Vergleich](#)“ (Springer 2015) verfasst. Er betreibt die Blogs [prawda24.com](#) und [finanzer.eu](#) und gibt den Börsenbrief „[Der Zinsdetektiv](#)“ heraus. Heese kommt aus Masuren und lebt seit über 40 Jahren in Köln.



Eine kurze Geschichte von Mann und Frau

Von DR. MARCUS FRANZ (Wien) | Die Frauenrechtskämpferinnen gehen in der Regel von der Prämisse aus, dass die Frau grundsätzlich und a priori vom Mann unterdrückt wird und sie daher ständig gegen diese Opferrolle ankämpfen müsse. Die aktuellen Versatzstücke dieses seit Jahrzehnten nicht enden wollenden Frauenkrieges gegen das männliche Geschlecht sind

z.B. der GenderPayGap, die Frauenquote und der Kampf gegen das angeblich noch immer bestehende Patriarchat. Besonders beliebt sind derzeit die Angriffe auf den „mächtigen alten weißen Mann“, von dem allerdings niemand so genau weiß, wer das eigentlich sein soll.

Der Verweis auf die Geschichte

Gern wird in jeder einschlägigen Debatte um die Frauenrechte der historische Verweis auf die Rolle der Frau in früheren Zeiten gebracht: Das heute absichtlich negativ besetzte traditionelle weibliche Role-Model ist die abgearbeitete vielfache Mutter am Herd, die entweder gerade schwanger ist oder stillt, je nachdem. Und immer steht die arme Frau unter der Knute des angeblich zu Hause so mächtigen Mannes. Dass das so nicht stimmt und gar nicht stimmen kann, fällt einem bei näherer Betrachtung der historischen Verhältnisse sofort auf. Wie war das denn wirklich mit dem Mann und der Frau im Laufe der früheren Jahrhunderte?

Die geschichtliche Realität war anders als es uns die Kämpferinnen von heute weismachen wollen. Jeder Mann, der Familie und Nachwuchs hatte, stand unter einem enormen Erfolgsdruck, denn er war der singuläre Ernährer. Und als solcher war er von Anfang an ständig allen möglichen Gefahren und Bedrohungen ausgesetzt. Der frühgeschichtliche Mann musste die Beute herbeischaffen und seine Frau und die Kinder notfalls mit seinem Leben gegen alle möglichen Feinde beschützen. Dazu gehörten vorzugsweise Raubtiere und Männer von anderen Stämmen oder Sippen.

Und auch in späteren Zeiten war der Mann immer derjenige, der Arbeiten jeder Art verrichten musste, um seine Familie ernähren zu können. Und stets war die Gefahr sein Begleiter. Zu seinen Aufgaben gehörten zunächst die oft langwierige und schwierige Jagd, dann kamen die bäuerlichen Tätigkeiten hinzu, die täglich zehn oder zwölf oder mehr Stunden in Anspruch nahmen. Er musste überdies oft genug das Kriegshandwerk

ausüben, das ihn nicht selten das Leben kostete oder ihm Behinderungen einbrachte und er hatte alle möglichen anderen Tätigkeiten und Aufgaben zu erfüllen, die weder dem Dasein eines Paschas entsprachen noch sonst irgendwie bequem waren oder es ihm gar ermöglichten, dauernd seine Frau zu gängeln. Man kann klar sagen: Über die endlosen Zeitläufte der Geschichte war das Männerleben oft extrem gefährlich, immer kämpferisch und permanent so verantwortungs- wie entbehrungsreich.

Die Familie als Fundament

Um längerfristig bestehen zu können, brauchten jeder Mann und jede Frau ein familiäres Fundament. Kein Mann hätte in diesem Setting davon profitiert, die Frauen prinzipiell zu unterdrücken, ganz im Gegenteil. Die Lebensaufteilung zwischen Mann und Frau war über Jahrtausende von der Natur und den Fortpflanzungsergebnissen vorgegeben: Die Frau war zu Hause, sorgte für die Aufzucht und Pflege der Kinder und die Instandhaltung des Haushaltes. Der Mann war dafür den Gefahren und den Anforderungen der Umwelt ausgesetzt, egal ob er ein Jäger und Sammler des Neolithikums war, ein Bauer in der Antike, ein Ritter im Kreuzzug, ein Kaufmann des 19. Jahrhunderts, ein Soldat der kaiserlichen Armee oder ein Angestellter in den 1960er Jahren.

Klare Strukturen

Die Realität war demzufolge lange Zeit vergleichsweise einfach und klar strukturiert. Die Frau musste das Risiko der vielen Geburten tragen und der Mann war im Gegenzug der Gefahr ausgesetzt, bei seinen oben geschilderten männlichen Tätigkeiten verletzt zu werden oder ums Leben zu kommen. Männer starben deswegen sehr oft an unfallbedingten Verletzungen, an Gewalttaten und infolge kriegerischer Handlungen. Eine weitere häufige Todesursache waren Infektionskrankheiten. Frauen starben entweder am Kindbettfieber oder an anderen Infektionen. Letztlich war die

kollektive Bilanz für die Frauen aber besser, denn wenn die Frau viele Kinder gebar und der Mann früh umkam, gab es über die Söhne männlichen Schutz und über die Töchter eine soziale Absicherung, sofern diese Absicherung nicht ohnehin in der Großfamilie erfolgte. Günstig für alle war es jedenfalls, in einer legitimierten Beziehung (= Ehe) zu leben.

Diese im Grunde naturrechtlich vorgegebene und sehr dauerhafte Situation fußte vor allem auf der Fortpflanzungsfähigkeit respektive war diese das bestimmende Prinzip des gesamten Lebens. Die angeblich so große Einengung des Frauenlebens ging nicht vom Manne, sondern vom Nachwuchs bzw. von der Natur aus: Die eigene Fruchtbarkeit und die stets große (und aus sozialen und versorgungsbezogenen Gründen notwendig große!) Zahl der Kinder bestimmte die Optionen der Frauen und sie kamen daher selten auf die Idee, in männliche Domänen vorzudringen oder besondere Männer-Tätigkeiten erlernen und ausüben zu wollen.

War die Frau mit ihrer natürlichen Rolle eins, bestand ihr hauptsächlichster Daseinszweck aus familiären Aufgaben und allem, was dazugehört. Im Gegenzug bestimmte letztlich die Frau und Mutter, was im familiären und häuslichen Umfeld geschehen sollte. Umgekehrt konnte der Mann weder tun und lassen, was er wollte oder sich einfach so aus der Verantwortung stehlen, denn ein ordentlicher Vater und Ehemann musste in jeder Hinsicht seinen Mann stehen. Die immer gern zitierte Abhängigkeit der Frau vom Mann war also in derjenigen Form, wie sie uns heute dargestellt wird, so nie gegeben, weil es ohne grundsätzliche und auch weitgehend gleichgestellte Kooperation nicht geklappt hätte. In seinen Grundzügen funktionierte dieses Modell bis in die 1960er Jahre des vorigen Jahrtausends.

Die Pille ermöglichte die Revolution

Doch dann kam die Pille (übrigens die Erfindung eines Mannes). Binnen kürzester Zeit sind durch diese neue Verhütungsmethode ungeheure gesellschaftliche Umwälzungen in Gang gekommen – die

Frau gewann die Kontrolle über die Empfängnis und konnte damit alle gewachsenen gesellschaftlichen Strukturen in Frage stellen und sie letztlich tiefgreifend ändern. Die Büchse der Pandora war geöffnet, die Geburtenraten rasselten in den Keller und die Frauen begannen, sich völlig neu zu orientieren. Weniger Kinder zu haben bzw. den Zeitpunkt der Empfängnis selber zu bestimmen bedeutete, ungeahnte Möglichkeiten in anderen, ursprünglich nur männlich dominierten Bereichen erschließen zu können. Beruf, Karriere und die sogenannte Selbstverwirklichung gerieten in den Fokus des weiblichen Lebensmodells.

Aus dieser Situation heraus begann die Frau, in die ureigensten Domänen des Mannes einzudringen und in jedem Bereich ihre Gleichberechtigung zu fordern. Trotz der grundlegend unterschiedlichen Biologie und trotz der nach wie vor bei der Frau verbleibenden natürlichen Bestimmung des Kinderkriegens bemühten sich die Kämpferinnen, jede männliche Bastion zu erobern. Mit mäßigem Erfolg – wie wir heute wissen. Die fleißig geschürte Erwartungshaltung und die hemmungslose Ignoranz der Feministinnen gegenüber den natürlichen Bedingungen waren viel zu groß. Paradoxerweise trifft das nun vor allem jene Frauen am meisten, welche die neuen Optionen ausnützen und für sich, für ihre Familie, für ihre Karriere sowie für die Gesellschaft möglichst viel tun wollen: Nämlich die Mütter. Wer heute Mutter wird und als Mutter arbeiten geht, steckt im Doppeljoch der Familienarbeit und der Lohnarbeit – da kann der männliche Lebenspartner noch so brav mitarbeiten, die Kinder brauchen zumindest in den frühen Jahren die Mama.

Weniger gute Aussichten

Anders gesagt: Das Schicksal der Frau hat sich verschlechtert, wenn sie heute Mutter wird und arbeiten geht. War früher nur die Familie zu managen, so muss eine Frau mit Kindern heute nicht nur die perfekte Mama sein und eine attraktive Ehefrau darstellen, sie muss noch dazu und ganz besonders im Job ihre

Kompetenz beweisen. So widersinnig es klingt, aber die Freiheit durch die Pille hat die Frau auf der anderen Seite in eine Art von Hase-und-Igel-Spiel gedrängt, bei der sie immer der Hase ist. Die einzige Möglichkeit, dem Doppeljoch und dem daraus entstehenden Dilemma nachhaltig zu entkommen, ist das Delegieren der Kindererziehung an Institutionen oder der völlige Verzicht auf eigene Kinder. Wenn man so will, ist der finale und fulminante Erfolg der Pille die „Frau ohne Kinder“.

It's a man's world

Will eine Frau in der Männerwelt reüssieren (und die Welt ist eben seit urdenklichen Zeiten eine Männer-Welt), dann kann sie das objektiv betrachtet nur dann unbelastet tun, wenn sie ohne eigenen Nachwuchs bleibt oder höchstens ein einziges Kind hat. Wie viele Frauen diesen Weg wählen, erkennen wir an der großen Anzahl von kinderlosen Frauen und an der dramatisch gesunkenen Geburtenrate: Während 1965 noch ca. drei Kinder pro Frau geboren wurden, waren es 2015 nur noch 1,49 Kinder/Frau. Man kann die Männer da aber nicht aus der Verantwortung lassen: Die zunehmenden Optionen für die Frauen haben viele Männer verschreckt. Die Zahl derjenigen Herren, die Verantwortung für eine Familie übernehmen wollen, ist ebenfalls deutlich gesunken.

Sterben wir aus?

Die magere Geburtenziffer stellt langfristig die Existenz unserer Population in Frage, denn für die konstante Aufrechterhaltung der Bevölkerung braucht man eine Rate von 2,1 Kinder pro Frau. Wir blicken also dem zwar noch fernen, aber ziemlich sicheren Ende der hiesigen Population entgegen und können die Geburtenlücke nur durch Zuwanderung ausgleichen – aber das ist eine andere Geschichte.

Die Politik plagt sich seit Jahrzehnten fast schon verzweifelt mit diesen Fragen herum, denn das unsinnige, weil falsche Dogma von der totalen Gleichheit von Frau und Mann zwingt die

jeweils Verantwortlichen in enge Handlungskorridore, die sie nicht verlassen können. Alle möglichen Lobbys geben dort ihren Senf dazu: Die einen schreien nach mehr Kinderbetreuung, die anderen nach verpflichtenden Frauenquoten, die dritten nach der Väterkarenz usw. – aber eine wirkliche Lösung des Dilemmas ist mit dem Einsatz der derzeitigen Mittel nirgends in Sicht. Wenn jemand auch nur zaghaft das traditionelle Familienmodell als Ausweg aus den geschilderten Nöten anspricht, wird er vom Juste Milieu niedergebrüllt und als Chauvinist und Reaktionär verdammt.

Europäische Politiker wie Viktor Orban, die sich trauen, die Dinge beim Namen zu nennen und Lösungsvorschläge dazu präsentieren, werden hierzulande regelmäßig Opfer des medial angefachten und linksfeministisch inspirierten Shitstorms. Dabei denken immer mehr Frauen heute schon durchaus in ähnlichen und konservativen Bahnen, weil der 68er-Gedanke der Feministinnen zu Recht am Verblassen ist. Viele Frauen haben entdeckt, dass das Doppeljoch und der Tausch der Familie gegen ein Angestelltendasein ohne Kinder sich zur B-Variante des Daseins entwickeln kann: Man ist in einem Lohn-Abhängigkeitsverhältnis und am Ende allein, ohne Nachwuchs und ohne Mann.

Mutterschaft als erste Alternative

Das alles soll die Optionen und die Entscheidungsmöglichkeiten, die seit der Erfindung der Pille und seit der 68er-Revolution für die Frauen entstanden sind, nicht schmälern und niemand wird das Rad der Zeit ernsthaft zurückdrehen wollen. Aber es ist zweifellos sinnvoll, intensiver darüber nachzudenken, ob die Option „Mutterschaft“ nicht doch die beste Variante ist. Und weder die Politik noch die Medien sollten den Frauen permanent einreden, dass Lohnarbeit und Karriere zwingend notwendig für ihr Daseinsglück sind. Die Feministinnen-Ikone Simone de Beauvoir hat in einem berühmten, aber inhaltlich falschen Zitat gesagt:

„Zur Frau wird man nicht geboren, zur Frau wird man gemacht.“
Dem kann man gut und gerne korrigierend entgegenhalten: „Zur Frau wird man geboren und zur Mutter wird man gemacht!“

(Im Original erschienen auf thedailyfranz.at)



Blogger David Berger heute beim Freie Medien-Infostand in Köln

Direkt am Wallrafplatz im Kölner Zentrum – zwischen Dom und WDR – wird es am heutigen Samstag von 10 bis 12 Uhr erneut einen Infostand „Freie Medien“, veranstaltet von „Widerstand steigt auf“ und der „Vereinigung der freien Medien“ geben. Diesmal mit dabei ist David Berger von [„Philosophia-Perennis“](http://www.philosophia-perennis.de) aus Berlin. Branchendienste ordnen das Internetmagazin unter die 20 einflussreichsten und meistdiskutieren News-Blogs ein.

Ziel des Infostands „Freie Medien“ ist es, die alternativen oder freien Medien bekannter zu machen und ein Gegengewicht zu den staatlich gelenkten Medien zu schaffen. Dazu stellt „Widerstand steigt auf“ in Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Freien Medien Flyer her, auf denen ausgewählte Artikel bekannter Autoren aus dem Internet im Druck erschienen und an

den Infoständen ausgelegt werden.

Dass der Bestsellerautor („Der heilige Schein“) und liberalkonservative Blogger Dr. David Berger zwischen Dom und WDR auftritt, passt sehr gut: Wurde ihm doch 2011 vom damaligen Herrn des Domes wegen seines Skandalbuches die kirchliche Lehrerlaubnis entzogen, worüber der WDR in ausführlichen Sondersendungen noch mit allen Sympathien für Berger berichtete.

Ganz anders nun, wo Berger auf seinem Blog nicht nur die Kirche, sondern auch den Islam und die mit der Immigration verbundene Islamisierung kritisiert. [Nur mit einem Warnhinweis](#), der vor Berger als „menschenverachtendem“ und „rechtsradikalem“ Autor warnte, strahlte der WDR – nach Protesten aus dem linksradikalen Lager – Ende Januar ein ausführliches Interview mit Berger aus. Zu den Vorwürfen selbst ließ man Berger bewusst nicht mehr zu Wort kommen.

Demgegenüber ist den freien Medien der gesellschaftliche Friede und der faire Dialog sowohl mit Gleichgesinnten als auch mit Kritikern ein großes Anliegen. David Berger hat sich daher bereit erklärt, allen Interessenten an diesem Samstagvormittag im persönlichen Gespräch Rede und Antwort zu stehen.

Lassen Sie sich nicht vom WDR bevormunden, machen Sie sich selbst ein Bild von dem Autor! Wo? Heute vormittag von 10 bis 12 Uhr direkt vor dem WDR-Funkhaus am Wallrafplatz!